

Friedrich Karl Schmidt
Bürgermeister

10. November 2003

Zur Einbringung des Verwaltungsentwurfs des Haushaltsplanes für das Jahr 2004

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Die Festsetzung des Haushaltsplanes ist seit alters her eine der vornehmsten, aber auch wichtigsten Rechte und Pflichten der Ratsvertretung.

Bedauerlicher weise wird diese vornehmste Aufgabe der Selbstverwaltung durch mangelnde Finanzausstattung und durch die Vorgaben eines HSK (Haushaltssicherungskonzeptes) immer mehr ausgehöhlt.

Vor Ihnen liegt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2004 – eine Fortschreibung des HSK – in so fern - wird er auch nicht spektakulär neues enthalten. Nur die äußeren Umstände bei der Einbringung dieses Entwurfs zeigen drei Besonderheiten auf.

1. Nach fast 40 Jahren Einbringung im Ratssaal der Stadt Lüdenscheid diesmal nicht am gewohnten Ort, sondern hier – an ungewohnter Stätte- im Kulturhaus. Der Grund ist bekannt – wir gehen mit Elan an die Neugestaltung der Innenstadt und des Rathauses. Ich gehe davon aus, dass wir im nächsten Jahr wieder am alten Ort, aber unter neuen Bedingungen den Haushalt einbringen werden.
2. Die zweite Besonderheit ist der gegenüber den Vorjahren um ca. einen Monat vorgezogene Termin, was schlussendlich auch zur rascheren und frühzeitigeren Genehmigung und in Kraft treten der neuen Satzungen führen wird.

3. Die dritte Besonderheit ist darin zu sehen, dass es der letzte Entwurf ist, der Ihnen – dem Rat – in dieser Zusammensetzung vorgelegt wird. Es ist der letzte zu beschließende Haushaltsplan dieser Wahlperiode.

Ausgangslage

Ich erinnere mich noch sehr genau an die Einbringung des ersten Haushalts dieser Ratsperiode. Schon damals kämpften wir seit Jahren mit einem strukturell nicht ausgeglichenen Haushalt. Die Erkenntnis, dass es so nicht weitergehen konnte wuchs. Hier den Trend zu stoppen, war das Bemühen in den Folgejahren. Der Rat stellte sich der Aufgabe. Eigentlich hätten wir sehr viel mehr erreicht, aber die Probleme die von anderen Ebenen uns aufgelastet wurden, nahmen immer größere Ausmaße an. Wir konnten gar nicht so schnell einsparen und wett machen, was uns von anderer Seite aufgebürdet wurde. Der Kämmerer nannte im Vorjahr dieses Problem die Vergeblichkeitsfalle. Schon im Vorjahr traf ich die Feststellung: "Wir können uns noch so sehr anstrengen, wenn es nicht zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform kommt, in der Aufgabenzuweisung und finanzielle Ausstattung aufeinander abgestimmt sind, wenn es nicht dazu kommt, dann werden wir die Finanzen nicht in der Griff bekommen."

Dies ist umso trauriger, als wir unseren Beitrag zur Stabilität unserer städtischen Finanzen leisten und damit ja auch zur Stabilität der Volkswirtschaft beitragen.

Zum dritten Mal steht der Haushalt unter dem Sanierungskonzept zur Haushaltssicherung. Dieses Konzept sieht vor, dass wir bis zum Jahre 2006 zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen.

Für das Jahr 2003 werden wir wohl, trotz vieler unvorhergesehener zusätzlicher Belastungen, im Plan bleiben. Aber da diese Belastungen für das Jahr 2004/2005 fortgeschrieben werden, wird es immer schwieriger, die schon damals festgelegten Werte für 2004 und folgende zu halten. Da wir uns aber durch das Haushaltssicherungskonzept gebunden fühlen und auch tatsächlich gebunden sind, haben wir alles daran ge-

setzt, den Rahmen aus der Mehrjahresplanung des Haushaltssicherungskonzeptes zu halten.

Wie der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt, ist dies gelungen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Bei der damaligen Sanierungsdebatte zu Einführung des HSK sind sowohl die Ausgabenseite z.B. mit den Zuschüssen an Dritte usw. - als auch die Einnahmeseite z. B. durch Steuererhöhungen betroffen gewesen. Alles Maßnahmen, die bestimmt nicht leicht gefallen sind.

Schon damals wurde auf eine Erhöhungsspirale bei den gesetzlichen Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept aufmerksam gemacht. Diese besagen nämlich, dass Gemeinden mit dem HSK eine um ca. 15% höhere Gewerbesteuer als die anderen erheben müssen. Damals haben wir um diesen Prozentsatz erhöht.

Dadurch, dass nun viele Gemeinden durch HSK gezwungen waren die Steuern ebenfalls zu erhöhen, hat sich permanent der Durchschnitt erhöht. Nach diesen Vorgaben kann es uns passieren, dass wieder eine entsprechende Diskussion aufgezwungen wird. Das kann aber nicht in unserem Sinne sein. Steuererhöhungen passen generell nicht ins Bild und deshalb werden sie von uns aus auch nicht vorgeschlagen. Wir wollen bei unserem Konsolidierungsplan zum HSK bleiben.

Wenn wir nun heute diesen Entwurf vorlegen, der sich im Rahmen unseres Sicherungskonzeptes bewegt, dann wissen wir natürlich nicht, welche Risikofaktoren noch von außen auf uns zu kommen, die wir nicht beeinflussen können. Zur Zeit haben wir keinerlei Planungssicherheit.

Täglich hören wir neue Pläne die uns tangieren können zur Einkommensteuerreform, zur Renten-, zur Krankenkassenreform, Zusammenlegung von Arbeitslosen - und Sozialversicherung. Alles unter dem Titel Agenda 2010. Bisher sind die Kommunen selten Gewinner solcher Verteilungsdiskussionen gewesen. Deshalb ist mein Optimismus sehr verhalten, wenn ich glauben soll, das aus neuen Verteilungsschlüsseln etwas gutes für die Gemeinden heraus kommt.

Weiteres Ungemach kann uns bei der Steuerschätzung ereilen. Sagte zu Beginn unserer Legislaturperiode noch der Kanzler, er sei der Aufschwung, sagt jetzt Herr Eichel, dass gerade wegen des fehlenden Aufschwunges und der seit drei Jahren anhaltenden desolaten wirtschaftlichen Lage müssen so viele Schulden gemacht werden wie noch nie zuvor. Das heißt dann im Klartext, der Bund schraubt seine Schulden in ungeahnte Höhen, geplante Steuersenkungen werden ebenfalls mit Schulden finanziert. Die Kommunen werden ihre sinkenden Anteile an der Einkommenssteuer haben und diese nicht durch Schulden ausgleichen können. Im Gegenteil. Wir, die Kommunen, müssen gemäß HSK dann unsere Steuern erhöhen und gleichzeitig bei unseren sogenannten freiwilligen Leistungen, die unser kommunales Leben ausmachen, dann weitere Aufgaben streichen.

In diesem Zusammenhang habe ich einen interessanten Beitrag aus dem Jahre 1964 gelesen: „Die Städte und Gemeinden haben bewundernswerte Leistungen vollbracht. Aber es droht die Gefahr des Stillstandes und des Rückganges, wenn nicht endlich die Dinge im Zusammenhang gesehen und die Finanzprobleme fair geregelt werden.“ So Willy Brandt auf einem kommunalpolitischen Kongress der SPD 1964.

Zurück zum Haushaltsplanentwurf. Eine weitere große Gefahrenquelle kann sich durch den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen ergeben, den wir ja noch nicht kennen. Auf zwei Jahre angelegt – werden wir diese schlimmsten Auswirkungen vermutlich erst im nächsten Jahr wieder zu spüren bekommen. Die Auswirkungen der vielen Ankündigungen zu Zuschusskürzungen sind noch nicht genau bekannt, aber fest steht, dass wir keine Verschlechterungen mehr verkraften können. Gleiche Verlautbarungen haben zum Beispiel die Kirchen und Sportverbände gemacht, die ebenfalls Ausfälle nicht auffangen können. Das heißt, dass Zuschusskürzungen auch an Dritte nicht durch uns aufgefangen werden können. Sollte das Land sich also da zu entsprechenden Kürzungen entschließen, sind ganze Aufgabenfelder einfach nicht mehr wahrzunehmen, was zu großen Lücken in unserem gesellschaftlichen Leben führen würde. Dies würden wir zwar sehr bedauern, aber es würde eben nicht in unserer Entscheidung und auch nicht in unserer Verantwortung liegen.

Für die Zukunft hören wir, dass das Land das Konnexitätprinzip festschreiben, also auch dafür sorgen will, dass derjenige, der die Musik bestellt, sie auch bezahlt, was in der Vergangenheit eben so nicht war. So sehr wie dies zu begrüßen wäre, nützt uns

das gar nichts, wenn man durch Richtlinien oder ähnliche Vorgaben neue Standards festlegen will.

Ich nenne als Problem zum Beispiel die gesetzliche Situation im Denkmalschutz. Hier unterliegen wir ganz klar den gesetzlichen Vorgaben des Landes. Wir müssen gegebenenfalls die Objekte gemäß der Landesgesetze unter Denkmalschutz stellen. Wenn es aber dann zu einem Übernahmeverlagen kommt, muss eben nicht das Land sondern die Kommune es übernehmen. So viele Denkmäler wie auf uns zukommen werden, können wir nicht gebrauchen.

Ich nenne ein weiteres Beispiel, wie es eigentlich nicht gehen kann aus dem Bereich Schule. Ich denke es ist gesellschaftspolitisch zu begrüßen, wenn unsere Kinder auch nachmittags an den Schulten betreut werden würden. Während grundsätzlich das Land für die Schulbildung zuständig ist und die Gemeinden dementsprechend mit Mitteln ausstattet, wird jetzt die Betreuung der Schüler an Nachmittagen als offene Ganztagschule ausgegeben, was eigentlich schon ein Etikettenschwindel ist.

Aber gleichzeitig macht das Land deutlich, dass es für diese Kosten der Betreuung nicht aufkommen wird (es ist ja eben auch keine Schule). So wünschenswert wie also eine Ganztagsbetreuung sein wird, werden hier für die nachmittägliche Betreuung die Kosten vom Land zwar initiiert, aber nicht übernommen sondern einfach abgewälzt.

Anrede,

wie Sie wissen, liegt mir das Jammern nicht, und so sollen diese Ausführungen auch keine Schuldzuweisungen sein. Sehr wohl wollte ich noch einmal deutlich machen, dass wir einen Haushalt vorlegen, der im Kontext der Vorjahre liegt, und gleichzeitig aber auch deutlich machen, dass wir keine weiteren Belastungen verkraften können. Aber vielleicht kommt bei der Gemeindefinanzreform per Saldo doch noch etwas heraus. Ich will weiterhin betonen, dass es uns bei allen Schwierigkeiten doch eigentlich noch relativ gut geht und wir sehr zufrieden sein können. Der Rat hat in dieser Legislaturperiode mehr geschaffen, mehr, als man anfangs vielleicht glauben wollte. Auch hier erinnere ich an die erste Rede zur Einbringung des Haushalts in dieser Periode. Damals sprach ich von Umschichtungen von nicht benötigtem Vermögen, dass

wir dies überprüfen müssten. In der Zwischenzeit tragen alle städtischen Töchter zur Konsolidierung des Haushaltes bei.

Durch den Erlös der Aktienanteile von Mark E können wir zum Beispiel jetzt die Riesenaufgabe der Innenstadtsanierung beginnen.

Kredite

Gleichzeitig wird der Schuldenstand in dieser Periode vom Jahr 1999 von 112 Mio. auf 96,7 Mio. im Jahre 2004 reduziert. Ich denke, eine beachtliche Leistung, angesichts des problematischen Umfeldes. Das bedeutet, dass die Verschuldung pro Einwohner von 1.372 € auf 1.204 € im gleichen Zeitraum zurückgeht.

Vermögen

Nachdem in den Vermögenshaushalten der vergangenen Jahren u.a. Erwerb Stilleking und Bahnflächen, Bau zweier Kindergärten und einer Turnhalle, zur Zeit die Neuschaffung des Archivs in der Kerksighalle und der Bau neuer Obdachlosenwohnungen am Heberg eingestellt worden sind, fangen wir nun gerade mit der Generationenaufgabe der Innenstadtsanierung so richtig an. Sie werden sehen, dass im Vermögenshaushalt 2400 auch noch zusätzliche Mittel für die innere Sanierung des Rathauses oder zum Beispiel für die Erweiterung der Feuerwache geplant sind.

Wünsche

Das angesichts dieser enormen Anstrengungen nicht wahllos Wünsche oben auf gepackt werden können, versteht sich von alleine. Hier müssen wir uns auch etwas beschränken. Außerdem sollten wir auch nicht größenwahnsinnig werden. Selbst wenn wir alles finanzieren könnten, kann nicht alles zeitlich und technisch auf einmal gemacht werden.

Wenn generelle Wünsche nach einer Abänderung des zentralen Omnibusbahnhofs und einer Erneuerung und Änderung des Sauerfeldes vorgetragen werden, so mag man zwar heute darüber diskutieren, aber es kann doch niemand ernsthaft davon ausgehen, dass wir jetzt aus unserer ganzen Stadt eine einzige Baustelle machen und nun auch noch mit dem unteren Sauerfeld anfangen wollen. Insbesondere wenn man

weiß, dass das obere Sauerfeld im Bereich des Kulturhausgartens und des Museums ja vorher noch angepackt werden soll, dann sollten im unteren Bereich doch etwas bescheiden bleiben.

Wenn wir aber über Jahre hinaus, aus den praktischen Erwägungen, die ich gerade erwähnt habe, keine totale Umkrempung durchführen können, dann schließt das aber nicht aus, dass man in Teil bereichen über Verbesserungen nachdenken sollte, wie zum Beispiel eine Rolltreppe zu erneuern, damit dieser Umstand eben nicht über Jahre erhalten bleibt und kurzfristig angepackt werden kann.

Als weiteres Beispiel nenne ich die Bahnflächen. Nachdem hier die Landesförderung auch noch weggekippt ist, ist es doch realitätsfern, anzunehmen, dass wir nun auch hier noch zusätzlich kurzfristig einspringen und alles alleine schultern können.

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, dass die Entwicklung nicht verbaut wird, dass wir die Planungen durchführen und wenn der Bedarf und die finanziellen Verhältnisse wieder da sind, dass wir dann sofort zur Umsetzung kommen können.

Verwaltungshaushalt

Schauen wir uns den Verwaltungshaushalt an. Auch hier werden alle Leistungen neben den bisherigen Leistungen der vergangenen Jahre fortgeführt. Ich erinnere an den mobilen Jugendtreff, an das Jugendkulturbüro, an Stadtmarketing, LichtRouten, der sogenannte Lüdenscheider Standard bei den Kindergärten u.v.m. Wir bleiben auf hohem Niveau.

Personal

Während in der Wirtschaft um uns herum täglich die Nachrichten von Firmenpleiten und Entlassungen zu hören sind, war das Wort betriebsbedingte Kündigungen bisher bei der Verwaltung tabu. Selbst die vor Jahren angeführten kw-Vermerke im Reini-

gungsdienst sind nicht umgesetzt worden, sondern bisher wurde nach Lösungen gesucht, die wenn auch unter andern Firmierungen zukunftsfähige Lösungen ermöglichen sollten.

Wenn ich an dieser Stelle festhalte, dass die Zusammenarbeit mit dem Personalrat als sehr gut und vertrauenswürdig festzuhalten ist, dann darf ich trotzdem erwähnen, dass ich in diesem Punkt die Position der Personalvertretung nicht nachvollziehen kann.

Ich denke, dass das erste Anliegen der Personalvertretung sein muss, für seine Beschäftigten einzutreten und es darum gehen muss, den Beschäftigten ihren Status zu erhalten. Kann man dieses Ziel mit starren Maximalforderungen erreichen? Denn genauso wie es auf der Gewerkschaftsseite Gruppen gibt, die die reine Lehre vertreten, gibt es auf der anderen Seite Gruppen, die die reine Lehre der Privatisierung verfolgen. Warum können sich nicht alle Seiten von diesen Dingen frei machen und nur das Wohl unserer Beschäftigten im Auge haben. Nur mit dem Alles oder Nichts kommen wir auch nicht weiter – den Betroffenen wird ein Bärendienst erwiesen.

Anrede,

der laufende Haushalt und das HSK wurde von großer Mehrheit getragen und ist am Wohl unsere Stadt orientiert.

Ich glaube, dass der Rat darauf mit Recht auf die gesamte Periode sehr stolz sein kann, über das, was geschaffen worden ist bzw. auch mit diesem Entwurf eingeleitet wird. Und ich glaube auch, dass wir dankbar sein müssen, dass wir dieses hohe Niveau der Leistung für unsere Stadt noch immer halten können.

Daher gilt mein Dank sowohl Ihnen, den Ratsvertretern, den Ratskolleginnen und –kollegen, für ihre geleistete Arbeit und für ihr Engagement.

Dieser Haushaltsplanentwurf zeigt das Bemühen der Verwaltung mit weiter eingeschränkten Mitteln viel bewirken zu wollen. Mein Dank gilt deshalb den Verwaltungsarbeitern auf allen Ebenen, die sich seit Jahren mit der immer schwieriger werdenden Situation auseinandersetzen, insbesondere dem Stadtkämmerer, dem Leiter und den Mitarbeitern der Kämmerei und auch dem Kollegium aus dem Verwaltungsvorstand, die wir gemeinsam diesen Haushaltsplanentwurf erarbeitet haben.

Nun sind Sie es, meine Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, die sich als letztverantwortliche mit diesem Etat auseinandersetzen.

Die Verwaltung hat sich um eine sachliche Darstellung bemüht, sollte es irgendwo Klärungsbedarf geben, lassen Sie es bitte wissen.

Ich wünsche mir eine ebenfalls sachliche Diskussion.

In diesem Sinne hoffe ich auf konstruktive Beratungen in den nächsten Wochen und eine entsprechende Verabschiedung in den ersten Februartagen 2004. Damit möchte ich schließen und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.